

Kernschmelze bei den „Erneuerbaren“

geschrieben von Admin | 22. Juli 2026

Die desolate Lage der deutschen Autoindustrie wird gerne auf das Festhalten an vermeintlich „alten“ Technologien geschoben. Aber wie sieht es mit den angeblichen grünen Zukunftsbranchen wie Solar, Wind, Wasserstoff oder Batteriefertigung aus? Viele der Firmen sind in freiem Fall. Ohne staatliche Pampers geht gar nichts mehr, tieferote Zahlen, Insolvenzen und gestoppte Projekte allenthalben.

Von Ansgar Neuhoof

Der Niedergang der deutschen Wirtschaft ist unübersehbar. Die alten „Platzhirsche“ wie die Automobil(zulieferer)industrie, Chemie- oder Stahlindustrie befinden sich im freien Fall. Nur die Rüstungsindustrie ist dank staatlicher Großaufträge im Aufwind. Aber auch die als Heilsbringer angepriesenen und mit viel Steuergeld aufgeblasenen neuen Industriezweige wie Batterieproduktion, Windkraft und Solar befinden sich in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Das nicht nur vom früheren Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Grüne) versprochene „grüne Wirtschaftswunder“ als Folge der sogenannten Energiewende ist – erwartbar – ausgeblieben. Mehr noch: Auch bei den „Erneuerbaren“ ist die Kernschmelze in vollem Gang.

Die gescheiterte Batterieproduktion

Über das Scheitern des Versuchs, eine eigenständige Batterieproduktion in Deutschland/Europa aufzubauen, hat *Achgut* ausführlich berichtet. Das Vorzeigeunternehmen *Northvolt* ist insolvent gegangen, mehr als eine Milliarde Steuergeld ist weg bzw. in den Taschen „cleverer“ Abzocker. Auch andere Batterie-Projekte wurden beerdigt wie z.B. die von *Porsche* und *Stellantis* (siehe Batterie-Produktion in Deutschland: Der große Betrug). Über das Scheitern der Batterieproduktion hinaus haben die großen deutschen Automobilkonzerne wie VW, BMW und Mercedes mit ihren Investitionen in den Bereich Elektromobilität Milliardenverluste erlitten und machen nun die Rolle rückwärts zum Verbrenner-Auto (siehe VW, BMW und Mercedes auf Talfahrt: Brutale Zahlen zwingen zur Radikalkur). Auch Konkurrenten in Übersee wie *Stellantis* ziehen die Notbremse (siehe Stellantis-Aktie: Autokonzern muss 22 Milliarden auf Elektrogeschäft abschreiben).

Der tiefe Fall von ABO Energy

Die Notbremse musste kürzlich auch *ABO Energy* ziehen, eines der größten deutschen Unternehmen im Bereich Windkraft, Solar, Batterieproduktion und Wasserstoff. Es stand faktisch vor der Zahlungsunfähigkeit, nachdem es im Jahre 2025 circa 170 Millionen Euro Verlust erwirtschaftet hatte.

Der Aktienkurs fiel in den vergangenen zwölf Monaten um 90 Prozent. Um die Insolvenz abzuwenden, musste mit wichtigen Gläubigern eine Stillhaltevereinbarung getroffen werden, damit diese ihre Forderungen gegen *ABO Energy* vorläufig nicht geltend machen. Bis Ende Juli 2026 muss eine Lösung gefunden werden, sonst ist Ende (siehe [hier](#)).

Das Offshore-Windkraft-Fiasko

Nicht immer geht es an die wirtschaftliche Existenz des Unternehmens, manchmal nur an die der Kommunen. Beispiel *EnBW*, einer der größten deutschen Energiekonzerne, der nahezu vollständig im Eigentum des Landes Baden-Württemberg und zahlreicher Kommunen steht. *EnBW* wollte mit dem britischen Ölkonzern *BP* zwei große Windkraftprojekte vor der britischen Küste errichten. Diese Projekte hat *EnBW* nun gestoppt. 1,2 Milliarden Euro waren dafür bereits ausgegeben, die in der Bilanz 2025 nunmehr gewinnmindernd abgeschrieben werden mussten. Begründung: Wegfall staatlicher Förderung, gestiegene Kosten, höhere Zinsen und gesunkene Strompreise (siehe [hier](#)). Oder anders gesagt: Die Projekte waren marktwirtschaftlich schlicht unrentabel und ohne umfangreiche staatliche Hilfen unfinanzierbar. Der Fall *EnBW* entlarvt das grüne Versprechen, wonach sich Offshore-Windkraft marktwirtschaftlich rechne, als grüne Lüge.

Insgesamt stehen in der Nordsee Windkraftprojekte im Wert von mehr als 50 Milliarden Euro zur Disposition (siehe [hier](#)). Tausende Arbeitsplätze auch in der Zulieferindustrie sind davon betroffen, dem Bundeshaushalt könnten fest eingeplante Milliarden Erlöse aus Flächenausschreibungen entgehen. Nicht einmal mögliche Strafzahlungen in dreistelliger Millionenhöhe wegen nicht realisierter Projekte schrecken die Projektentwickler ab, ihre Projekte aufzugeben. Von Martina Binnig • Kontrollwut und Regelungs-Fetischismus der EU erklimmen immer ungeahntere Höhen, ebenso der planwirtschaftliche Größenwahn. Ursula von der Leyen will Europa „zum ersten elektrobetriebenen Kontinent der Welt“ machen. Wer sich die neusten Einfälle und Ausfälle der EU zu Gemüte führt, dem wird ganz schwindelig. 30 / MEHR

Das doppelte EnBW-Desaster

Wie immer bei solchem Missmanagement versucht die Konzernführung abzuwehren. Statt den Jahresgewinn anzugeben, weicht man bei *EnBW* auf das EBITDA aus (also den Gewinn vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen); dieses sei von dem Desaster nicht betroffen. Das ist formal zwar richtig, ändert aber nichts daran, dass 1,2 Milliarden Euro dennoch weg sind. Und da dieses Unternehmen quasi im Staatsbesitz ist, tragen die Bürger den Verlust.

Das *EnBW*-Offshore-Desaster hat überdies erhebliche Folgewirkungen. Zumindest die Kommunen, in denen *EnBW* bisher Gewerbesteuer gezahlt hat, bekommen nun ein großes Problem. Es fallen nicht nur gesichert geglaubte

Steuereinnahmen weg, die Kommunen müssen sogar Gewerbesteuern an *EnBW* zurückzahlen. Die Stadt Karlsruhe z.B. 51 Millionen Euro. Sie ist damit faktisch pleite. Sparmaßnahmen, Einstellungsstopp, Haushaltsperre sind die Folge (siehe [hier](#)). Auch andere Kommunen wie Philippsburg oder Gemrigheim sind betroffen und stehen vor dem finanziellen Kollaps.

Auch das *EnBW*-Batteriespeicher-Tochterunternehmen SENEK GmbH steht vor einem Desaster. Für 2023 und 2024 zusammen betrug der Verlust mehr als eine Milliarde Euro. Vor allem wegen mangelnder Produktqualität. 100.000 Heimspeicher musste SENEK wegen Explosionen und Bränden austauschen. Auch 2025 wird es einen Verlust geben, in allerdings noch unbekannter Höhe, da der Jahresabschluss 2025 noch nicht veröffentlicht ist. Für das marode Unternehmen suchte *EnBW* einen Käufer, doch der fand sich nicht. Nun wird das Neukundengeschäft mitsamt der Entwicklung neuer Projekte eingestellt und nur noch der Bestand verwaltet (siehe [hier](#)). Ein passendes Abbild für Deutschland insgesamt: Man lebt nur noch vom Bestand. Die finanziellen Konsequenzen dieses weiteren Desasters muss ohnehin natürlich der Bürger tragen – als Steuerzahler und als Stromkunde von *EnBW*.

Die große Flaute bei den Windkonzern PNE und Siemens Gamesa

Während allerdings *EnBW* breit aufgestellt ist und selbst Milliardenverluste verkraften kann, sieht es bei anderen führenden Unternehmen im Bereich Windkraft und Solar nicht so gut aus.

Beispiel PNE AG. Der börsennotierte Windkraft- und Solarprojektentwickler erzielte 2025 einen Konzernverlust von 47,4 Millionen Euro (siehe [Geschäftsbericht 2025](#), S. 2). Die Aktie verlor zeitweise 50 Prozent ihres Wertes, liegt jetzt bei circa 28 Prozent Verlust innerhalb der letzten 12 Monate. Die Gründe für die wirtschaftliche Flaute: unrentable Projekte und daraus resultierende Wertberichtigungen sowie das Wetter (siehe [PNE AG kämpft mit Windflaute](#)). Man fühlt sich an den alten Witz erinnert: Was sind die vier größten Feinde des Sozialismus? Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Eine erste konkrete Auswirkung der Flaute: PNE ist als Investor für ein Windkraftprojekt der Samtgemeinde Lühe (Niedersachsen) abgesprungen (siehe [hier](#)). Rettung erhofft sich der PNE-Vorstand ausgerechnet vom Staat und setzt auf Subventionen und steuerliche Anreize. Marktwirtschaftliches Denken ist selbst in vielen Unternehmen ausgestorben.

Ähnlich ist die Lage bei *Siemens Gamesa*, der Windkraft-Tochterfirma von *Siemens Energy* und einem der weltgrößten Windturbinenhersteller. Während die Gas- und Stromnetzsparten von *Siemens* boomen und dem Konzern riesige Gewinne bescheren, erlitt *Gamesa* 2025 einen Verlust von 1,36 Milliarden Euro (siehe [hier](#)). Wesentlich mit verantwortlich dafür sind Qualitätsmängel der gelieferten Windräder (siehe [hier](#)). Man hofft zwar

auf Besserung; so haben sich im 1. u. 2. Quartal des Geschäftsjahres 2025/26 von November 2025 bis April 2026 die Verluste gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert (siehe [hier](#) und [hier](#)). Aber *Gamesa* ist und bleibt das Sorgenkind von *Siemens*.

„Grüner“ Wasserstoff – dreimal heiße Luft im Saarland

Nicht besser stellt sich die Situation im Bereich der Wasserstoffherzeugung aus. Im Saarland waren gleich drei große Projekte zur Wasserstoffherzeugung geplant. In Völklingen, Saarlouis und Perl. Doch alle sind gescheitert – wegen Unwirtschaftlichkeit (siehe [hier](#)). Aufgrund hoher Investitions- und Betriebskosten, insbesondere auch hoher Stromkosten, haben selbst große Konzerne wie *Steag*, *RWE* und *Lhyfe* (aus Frankreich) ihre Investitionsvorhaben aufgegeben. Nicht einmal zum Teil sehr hohe staatliche Förderzusagen konnten das verhindern. Was für das Saarland gilt, gilt deutschlandweit. Auch in anderen Bundesländern wurden viele Wasserstoffprojekte gestoppt. Das Ziel der Bundesregierung (bis 2029 deutschlandweit Elektrolyseure mit zehn Gigawatt Produktionsleistung) ist unerreichbar; bis jetzt sind gerade einmal 1,6 Prozent davon erreicht.

Blackbox Enercon

Über ein weiteres Beispiel im Bereich Windkraft hatte *Achgut* bereits berichtet (siehe [hier](#)). Dem Windturbinenhersteller *Enercon* drohte schon 2019 die Liquidität auszugehen, tausende Mitarbeiter wurden entlassen. Von 2018 bis 2023 fielen Verluste von mehr als 2,3 Milliarden Euro an. Das Unternehmen war faktisch pleite, auch weil trotz dieser Misere in den Jahren 2020/21 640 Millionen aus dem Konzern an die Konzerneigentümerin, eine private Familienstiftung, abgeflossen waren. Der Staat musste 2022 mit einem Kredit von 500 Millionen Euro rettend eingreifen.

Interessanterweise hat *Enercon* von 2023 auf 2024 (neuere Zahlen sind noch nicht veröffentlicht) seinen Jahresverlust von mehr als 200 Millionen Euro auf nur noch 12 Millionen Euro verringert. Sieht man sich das genauer an, stellt man fest, dass der Konzern umstrukturiert wurde. Es wurde eine neue Unternehmensebene eingebaut und die *Enercon Global GmbH* zwischengeschaltet. Das heißt, die *Enercon GmbH* liefert nunmehr die Anlagenkomponenten an die *Enercon Global*, die im Konzern als Handelshaus fungiert. Auffällig dabei: bei *Enercon Global* stieg von 2023 zu 2024 der Jahresverlust von 188 Millionen Euro auf 322 Millionen Euro. Ob die Preisgestaltung zwischen den beiden *Enercon*-Firmen dafür verantwortlich ist, dass sich die Verluste zwischen den beiden Unternehmen verschoben haben und ob die Sicherung der Kreditwürdigkeit der *Enercon GmbH* hierfür ein Grund sein könnte, lässt sich von außen wegen fehlender Transparenz nicht feststellen. Die Verluste sind also nicht weg, sondern nur „umstrukturiert“.

Ökosozialismus macht arm

Der „Markt“ für Windkraft, Solar, Wasserstoff und Batterieproduktion ist ein politisch gesteuerter Wettbewerbsraum, kein freier Markt. Bau und Betrieb der dafür erforderlichen Anlagen sind nur finanzierbar, wenn niedrige Zinsen, niedrige Kosten und staatliche Subventionen und Garantien (wie z.B. Einspeisevergütungen) zugleich greifen. Steigen Kosten und Zinsen oder verringern sich die Staatshilfen, sind tiefrote Zahlen, Insolvenzen und gestoppte Projekte die logische Folge.

Mittlerweile verabschieden sich selbst die finanzstarken Großkonzerne vom Geschäft mit der angeblich „grünen“ Energie. Der drittgrößte Zementhersteller der Welt, *Heidelberg Materials*, stellt den Umbau des westfälischen Standorts Geseke zum „ersten vollständig dekarbonisierten Zementwerk in Deutschland“ trotz staatlicher Förderzusagen von fast 200 Millionen Euro zurück (siehe [hier](#)) und fordert mehr staatliche Unterstützung (siehe [hier](#)). *BP* hat seine „grüne“ Strategie aufgegeben (siehe [hier](#)). *Shell* hat sich aus den Offshore-Windkraftprojekten in der Nordsee zurückgezogen und konzentriert sich auf das profitablere Öl- und Gasgeschäft (siehe [hier](#)).

Das Märchen von der grünen Transformation ist von der Realität längst entzaubert. Ökosozialismus funktioniert nicht und macht arm (außer einige wenige Wind- und Solarbarone). Hieß es in der DDR noch spöttisch: „Der letzte macht das Licht aus“, gehen im „besten Deutschland aller Zeiten“ die Lichter von alleine aus, wenn es keine Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Prinzipien gibt.

Beitragsbild: Imago/ Rolf Zöllner

Ansgar Neuhof Ansgar Neuhof, Jahrgang 1969, ist Rechtsanwalt und Steuerberater mit eigener Kanzlei in Berlin.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT [hier](#)